

Aus dem Archiv – Kriegsende und Neuanfang 1945

Liest man Artikel über das Kriegsende in Deutschland im April bzw. Mai 1945, so findet man dabei meist Bilder von zerstörten Großstädten und Frauen, die versuchen, die Trümmerberge zu beseitigen. Aber wie war die Situation auf dem Land? Was geschah vor und nach der Kapitulation in Beilngries?

In Beilngries war lange Zeit vom Krieg wenig zu spüren gewesen. Zum einen liegt die Stadt weit im Süden und wurde erst spät von den Alliierten erreicht, zum anderen fehlte es an Industrie und wichtiger Infrastruktur, so dass sich ein Bombardement im größeren Stil für die Kriegsgegner kaum lohnte. Erst als im Frühjahr 1945 amerikanische Truppen nach Süden vordrangen, geriet auch Beilngries in eine gefährliche Situation. Dort, wo sich SS-Verbände nicht ergeben wollten, kam es zu tagelangen Kämpfen, bei denen auch Todesopfer zu beklagen waren. So wurde zum Beispiel Neumarkt weitgehend zerstört.

Beilngries selbst blieb allerdings von diesem Schicksal verschont, obwohl es in der näheren Umgebung durchaus zu Kampfhandlungen kam. Die Verteidigungsstellungen wurden in Paulushofen aufgebaut; man wollte die heranrückenden Amerikaner vom Berg aus beschießen. Außerdem sprengte die SS alle Brücken in Beilngries, um den Vormarsch der Gegner zu verzögern. Lediglich die Brücke beim Krankenhaus (heute Seniorenzentrum) blieb erhalten. Der Arzt Dr. Gruber und die Oberin des Krankenhauses, Schwester Siona, scheinen sich mit Hinweis auf die Versorgung verletzter Soldaten durchgesetzt zu haben. Am späten Nachmittag des 25. April wurde Beilngries vom 2. Bürgermeister Nepomuk Schneider kampflos den Amerikanern übergeben.

Anders sah es allerdings in Paulushofen aus. Mehrere Tage lang tobten Kämpfe, bis sich auch hier die SS zurückzog. Zahlreiche Häuser im Ort waren zerstört. Wenige Tage nach der Eroberung sprengten die amerikanischen Besatzer das Mahnmal zur Erinnerung an die nach dem Ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete. Dabei handelte es sich zwar nicht um ein Denkmal aus dem Nationalsozialismus – es wurde 1924 eingeweiht – aber weil es indirekt zur Rückeroberung dieser Gebiete aufforderte, hatten Vertreter der NSDAP dieses Mahnmal für die eigenen politischen Zwecke eingesetzt.

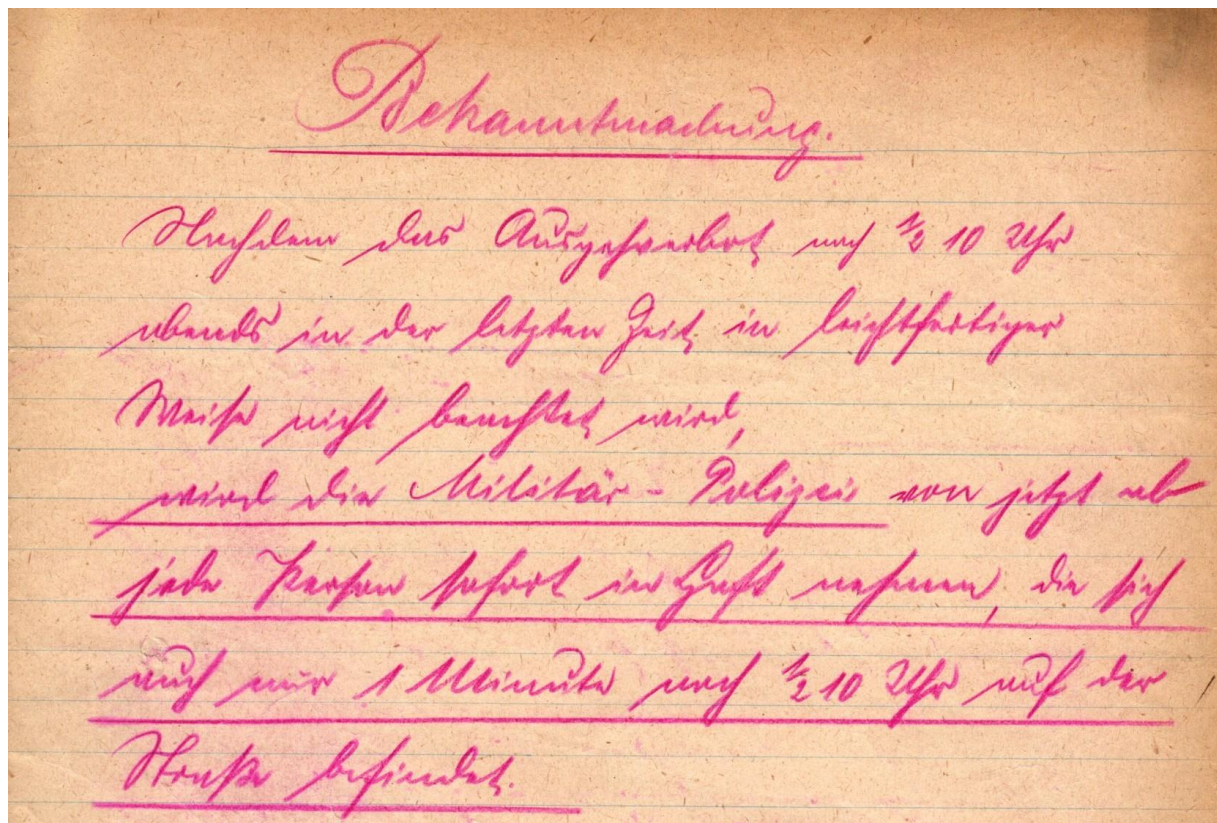


Das Mahnmal in Paulushofen

Nach der Eroberung versuchte die Amerikanische Militärregierung sofort, etwaigen Widerstand der Deutschen im Keim zu ersticken. Es gab eine Ausgangssperre (zunächst von 21.00, später von 21.30

bis 6.00 Uhr), mehr als fünf Personen durften sich nicht auf der Straße treffen und sämtliche Waffen, sogar die Jagdgewehre der Forstbediensteten, mussten abgeliefert werden. NS-Funktionäre wurden verhaftet und interniert. Beamte, die der NSDAP angehört hatten, beließ man zunächst auf ihren Posten, damit die Verwaltung ohne Unterbrechung weiterlaufen konnte. Die Spruchkammern zur Entnazifizierung kamen erst später.

Ein weiteres Ziel der Besatzungsmacht bestand darin, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und Chaos zu vermeiden. Als Bürgermeister blieb bis August 1945 Nepomuk Schneider im Amt, als Landrat des Landkreises Beilngries wurde Josef Scharf eingesetzt. Beide Männer hatten aber wenig Gestaltungsfreiheit. Ihre Aufgabe bestand vielmehr darin, Befehle der Amerikanischen Militärregierung an die Bevölkerung weiterzugeben und für die Durchsetzung dieser Anweisungen zu sorgen.



Aufforderung zur Beachtung der Ausgangssperre (Auszug)

Ein großes Problem im Jahr 1945 war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die bereits im Krieg eingeführte Zuteilung über Lebensmittelmarken wurde beibehalten. Dieses System stieß aber aus verschiedenen Gründen an seine Grenzen, denn es konnte nur funktionieren, wenn die Landwirte ausreichend Produkte an die zentralen Sammelstellen lieferten. Weil sich aber auf dem Schwarzmarkt deutlich mehr verdienen ließ, hielten viele einen Teil der ohnehin knappen Lebensmittel zurück. Auch das Schwarzschlachten war trotz Verbot weit verbreitet. In einer ländlichen Region wie dem Landkreis Beilngries kam man dank der hohen Zahl an Selbstversorgern weitgehend gut zurecht, die Lieferung von Lebensmitteln in die Städte wurde aber zunehmend zum Problem. Deshalb erinnerten Bürgermeister und Landrat häufig an das Verbot des Schwarzhandels, offensichtlich ohne durchschlagenden Erfolg, denn sonst hätte man darauf nicht immer wieder hinweisen müssen.

Amtlicher Teil **Bekanntmachung.**

An die Bürgermeister!

Die Sicherung einer einigermaßen ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit **Milch, Fett und Eier** macht die Aufrechterhaltung der Lieferpflicht im **bisherigen Umfange** erforderlich.

Die Bürgermeister der zum Milcheinzugsgebiet gehörenden Gemeinden werden hiermit beauftragt, ihre Landwirte hiervon zu verständigen und Milch-, Butter- und Eierlieferung **sofort** in die Wege zu leiten. Hierzu sei folgendes bemerkt:

1. Das für die Milchlieferrung erforderliche Gespann ist von der Gemeinde im Turnus zu stellen und erfolgt die Fuhrvergütung durch die Molkerei.

Die **Butterrücklieferung** von der Molkerei zum Erzeuger wird zum gleichen Nationsfah wie bisher (500 g je Kopf und Monat) durchgeführt. Das gleiche gilt für die Rückgabe der **Magermilch**.

2. Die Sammelstellen für Eier und Fett sind bereits angewiesen, ihre Tätigkeit ab Montag, den 7. d. M. wieder aufzunehmen und wird seitens der Erzeuger die restlose Erfüllung ihrer Lieferpflicht erwartet.

Auszug aus dem Beilngrieser Amts- und Wochenblatt Nr. 1 vom 9. Mai 1945

Obwohl in Beilngries keine Gebäude zerstört waren, war die Wohnungsnot in der Nachkriegszeit auch hier eine große Herausforderung, denn die Einwohnerzahl nahm stetig zu. Schon während des Krieges waren verschiedene Personengruppen nach Beilngries gezogen, zum Beispiel im Rahmen der Kinderlandverschickung eine ganze Schulklasse samt Lehrer aus Hamburg sowie Familien aus Nürnberg, deren Häuser nach Bombenangriffen unbewohnbar geworden waren. Dazu kamen wegen des Vorrückens der sowjetischen Armee Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands. In der Zeit von Februar bis Juni 1945 nahm die Einwohnerzahl im Landkreis Beilngries um 42% zu, und da hatte die Vertreibung aus dem Sudetenland gerade erst begonnen.

Zunächst brachte man die Menschen in Gemeinschaftsunterkünften unter, z. B. im Anlagesaal unterhalb von Schloss Hirschberg, in der Mädchenschule und in Gasthöfen.



Der Anlagesaal

Langfristig war das aber natürlich keine Lösung. Aus diesem Grund griff man zum Mittel der zwangsweisen Einquartierung. Dazu wurde festgestellt, wie viele Personen in einem Haus bzw. einem Haushalt lebten. In freie Zimmer zogen dann die zugewanderten Neubürger ein. Als Grundregel galt, dass jede Flüchtlingsfamilie ein Zimmer bekommt, dazu die Erlaubnis, Toilette und Küche zu benutzen. Man kann sich gut vorstellen, dass es für eine vielleicht vierköpfige Familie in einem Raum sehr eng geworden ist, zumal man ja auch in der Küche nur geduldet war. Zum anderen kann man aber auch verstehen, dass die Hausbesitzer wenig begeistert waren, wenn sie ihre Wohnung plötzlich mit Fremden teilen mussten. Konflikte waren deshalb häufig nicht zu vermeiden. Auch waren die zugewiesenen Zimmer nicht immer von besonders hoher Qualität. So stellte sich im Herbst 1945 heraus, dass viele nicht heizbar waren, weshalb Öfen gesammelt wurden. Ob diese Sammlung tatsächlich erfolgreich war, lässt sich heute nicht mehr feststellen.

Selbstverständlich kehrten nach einer gewissen Zeit die meisten der ausgebombten Nürnberger wieder in ihre Heimatstadt zurück. Zahlreiche Flüchtlinge zogen in andere Regionen weiter, aber viele ließen sich dauerhaft in Beilngries nieder. Zehn Jahre nach Kriegsende lag der Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung von Beilngries bei knapp 40%. Maßnahmen wie der Bau der Butterhofsiedlung und die Ausweisung eines Baugebietes in der Sandsiedlung brachten erst in den 1950er Jahren eine Entspannung auf dem Beilngrieser Wohnungsmarkt.

Ein weiteres Problem der Nachkriegsmonate waren fehlende Arbeitskräfte. Viele Männer waren gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft. Die Zwangsarbeiter, die während des Krieges die Frauen bei der Arbeit unterstützt hatten, waren mit Kriegsende natürlich frei und konnten in ihre Heimatländer zurück, falls sie das wollten. Schon im Mai 1945 erstellte die Amerikanische Militärregierung eine Liste mit allen arbeitsfähigen Personen. Auch befreite Zwangsarbeiter, die sich noch in Beilngries aufhielten, waren zur Arbeit verpflichtet.

Von den Ausländern entfallen auf:		
Franzosen	3	Personen,
Polen	37	"
Russen	13	"
Ungarn	45	"
Litauen	19	"
Belgien	1	"
Ukreiner	3	"
Der Bürgermeister:		
J.A. <i>J. Bechtold.</i>		

Übersicht über die in Beilngries lebenden Ausländer (Juni 1945)

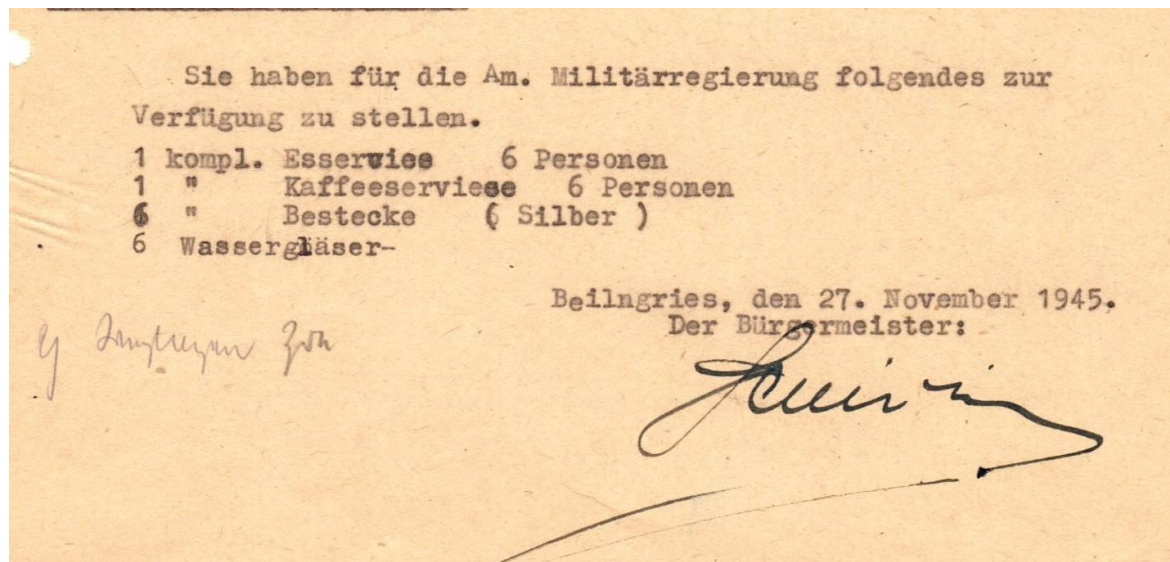
Wer keinen festen Arbeitsplatz hatte, wurde vor allem in der Landwirtschaft eingeteilt, denn die Militärregierung wollte die Ernte im Herbst nicht gefährden. Allerdings scheinen diese Kräfte auf den Bauernhöfen nicht immer eine große Hilfe gewesen zu sein. Viele hatten eine ganz andere Ausbildung und konnten sich nicht so schnell auf die neuen Aufgaben einstellen.

Ein wichtiges Thema für die Amerikaner war die Demokratisierung der Bevölkerung. Dazu sollten die USA als großes Vorbild dargestellt werden. In der Ingolstädter Straße 34 wurde vorübergehend sogar ein Amerikahaus mit Lesesaal eingerichtet. Der Amerikanische Unabhängigkeitstag am 4. Juli war auch in Beilngries gesetzlicher Feiertag mit Ansprachen und einer großen Fahrzeugparade.

Selbstverständlich sollten auch alle Erinnerungen an die NS-Zeit möglichst schnell getilgt werden. Die Adolf-Hitler-Straße war nun wieder die Hauptstraße, der Hindenburg-Ring hieß wie früher Ringstraße. Bürger waren zum Beispiel verpflichtet, auch auf Grabsteinen entsprechende Bilder, Zeichen oder Begriffe zu entfernen. Das war nicht immer einfach, denn es durfte keinerlei Hinweis auf eine Korrektur zu sehen sein. Verboten war ab Winter 1945 auch das Tragen der Wehrmachtsuniform. Dieses Kleidungsstück war allerdings oft das einzige, das heimkehrende Soldaten überhaupt besaßen. Aus diesem Grund veranstaltete man eine Sammlung von Herrenkleidung. Das Ergebnis fiel aber derart mager aus, dass Angestellte der Militärregierung in den Wohnungen die Kleiderschränke kontrollierten: Wer über mehr als zwei Anzüge oder Mäntel verfügte, musste einen abgeben.

Zahlreiche US-Soldaten kehrten bald nach der Kapitulation in ihre Heimat zurück. Aber als Besatzungsmacht blieb doch ein größerer Personenkreis in Deutschland. In Beilngries hatten die Amerikaner gleich nach dem Einmarsch einige Gebäude beschlagnahmt, vor allem Villen wie die Brand-Villa in der damaligen Bahnhofsstraße (heute Neumarkter Straße) und die Villa der Familie Wein in der Kelheimer Straße. Für die Verwaltungsarbeit nutzte man Räume im Rathaus und im Landratsamt. Deshalb musste auch das Amtsgericht, das bis dahin Büros im Rathaus hatte, seine Arbeit in das Gebäude der Firma Prinstner verlegen, das wiederum von den Amerikanern beschlagnahmt worden war.

Um sich in Beilngries einzurichten, „liehen“ sich Amerikaner Möbel und andere Gegenstände von Beilngrieser Bürgern, die selbstverständlich zur Abgabe verpflichtet waren. Ob Radio, Bettgestell oder Kleiderschrank, alles wurde auf einer Liste notiert mit dem Versprechen, es wieder zurückzugeben, wenn es nicht mehr gebraucht wird. Tatsächlich gab es 1950 eine große Rückgabeaktion; wie allerdings die Betroffenen fünf Jahre ohne Bett oder Schrank ausgekommen sind, scheint die Besatzungsmacht nicht interessiert zu haben. Dabei war es weitgehend die Aufgabe der Bürgermeister, die benötigten Gegenstände aufzutreiben, wie in nachfolgendem, nicht besonders freundlich gehaltenem Schreiben zu sehen ist.



Schreiben an einen Beilngrieser Bürger

Zum Jahreswechsel 1945/46 begann die Sperrstunde ausnahmsweise erst um 3.30 Uhr. Nach einem Jahr voller Schrecken, Not und Unsicherheit war es den Menschen ein Bedürfnis, trotz aller Sorgen zu feiern und das neue, hoffentlich bessere Jahr zu begrüßen. Da wollte auch die Besatzungsmacht nicht im Wege stehen.